



Die Europäische Migrationsagenda

Stand: 14. Oktober 2015

MIGRATION – EINE PRIORITÄT DER KOMMISSION JUNCKER

Bei Amtsantritt übertrug Kommissionspräsident Juncker einem Kommissar die Verantwortung für den Bereich Migration und beauftragte ihn mit der Ausarbeitung einer neuen Migrationspolitik, die zu den zehn Prioritäten der Politischen Leitlinien gehört, auf deren Grundlage die Kommission vom Europäischen Parlament gewählt wurde. Seitdem hat sich die Europäische Kommission beharrlich für eine abgestimmte europäische Lösung in der Flüchtlings- und Migrationsproblematik eingesetzt.



15. Juli 2014	Eine neue Migrationspolitik als eine der zehn Prioritäten der Kommission Juncker
1. November 2014	Amtsantritt der Kommission Juncker
4. März 2015	Orientierungsaussprache im Kollegium über eine Europäische Migrationsagenda
20. April 2015	Kommission präsentiert Zehn-Punkte-Plan mit Sofortmaßnahmen als Reaktion auf die Krisensituation im Mittelmeer
13. Mai 2015	Kommission nimmt Europäische Migrationsagenda an
27. Mai 2015	Kommission nimmt erstes Maßnahmenpaket im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda an
9. September 2015	Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union mit Schwerpunkt Flüchtlingskrise
9. September 2015	Kommission nimmt zweites Maßnahmenpaket im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda an
23. September 2015	Kommission präsentiert prioritäre Maßnahmen für die nächsten sechs Monate und erlässt Beschlüsse in 40 Vertragsverletzungsverfahren, um das Gemeinsame Europäische Asylsystem auf Kurs zu bringen
30. September 2015	Kommission nimmt im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda budgetäre Maßnahmen an
5./6. Oktober 2015	Kommission präsentiert Entwurf eines Aktionsplans über den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei bei der Flüchtlingshilfe und der Migrationssteuerung
14. Oktober 2015	Kommission nimmt Bericht über die Umsetzung der Prioritäten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise an

STAND DER MASSNAHMEN (FARBliche KENNZEICHNUNG)

Abgeschlossene Maßnahmen

Vom EU-Gesetzgeber beschlossene, aber noch nicht umgesetzte Maßnahmen

Von der Kommission angenommene, aber vom EU-Gesetzgeber noch nicht beschlossene Maßnahmen

Laufende Arbeiten

EINE GESAMTSTRATEGIE FÜR DIE MIGRATION

Kein Mitgliedstaat kann die Migrationsproblematik im Alleingang bewältigen. Es liegt auf der Hand, dass wir eine neue, stärker europäisch ausgerichtete Strategie brauchen. Dies erfordert den Einsatz aller uns zur Verfügung stehenden politischen Maßnahmen und Instrumente und die Verknüpfung der internen und externen Politik in einer Weise, dass sie ihre Wirkung voll entfalten kann. Alle Akteure – die Mitgliedstaaten, EU-Organen, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft, Behörden und Drittstaaten – müssen zusammenarbeiten, damit die gemeinsame europäische Migrationspolitik Wirklichkeit wird. Mit der Europäischen Migrationsagenda vom Mai hat die Kommission deutlich gemacht, dass eine Gesamtstrategie für die Steuerung der Migration notwendig ist. Seither wurden etliche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Angesichts der Flüchtlingskrise besteht jedoch weiterer dringender Handlungsbedarf. Eine dauerhafte Lösung der Krise erfordert einen wesentlichen Wandel in der Migrationspolitik der Union. Nur so können gesicherte Grenzen, faire Verfahren sowie ein System gewährleistet werden, mit dem sich Probleme antizipieren lassen.

27. Mai 2015	Verdreifachung der Kapazitäten und Ressourcen für die gemeinsamen Frontex-Operationen Triton und Poseidon 2015 und 2016
	Zusätzliche 60 Mio. EUR EU-Soforthilfe für die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen
	Zusätzliche 30 Mio. EUR für die regionalen Entwicklungs- und Schutzprogramme der EU (RDPP) – 2015/2016 zunächst für Nordafrika und das Horn von Afrika
	Regelung zur Umverteilung von 40 000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland
	Regelung zur Neuansiedlung von mehr als 20 000 Menschen aus Drittländern
	Einrichtung von Hotspots in Italien und Griechenland und Entsendung von Teams zur Unterstützung der Migrationssteuerung
	EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten
18. Mai 2015	Einrichtung eines multifunktionalen Zentrums in Niger als Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit der IOM und dem UNHCR
	Militärische GSVP-Operation zur Zerschlagung von Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzen im südlichen zentralen Mittelmeer
9. September 2015	Regelung zur Umverteilung von 120 000 Flüchtlingen aus Italien, Griechenland und anderen direkt betroffenen Mitgliedstaaten
	Auf Dauer angelegter Umverteilungsmechanismus für Krisensituationen im Rahmen des Dublin-Systems
	Europäische Liste sicherer Herkunftsstaaten
	EU-Aktionsplan für die Rückkehr
	Vollständige Anwendung der EU-Vorschriften im Bereich Asyl und Migration
	1,8 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt für den Treuhandfonds für Afrika
23. September 2015	500 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt für den Treuhandfonds für Syrien
	1,8 Mrd. EUR aus den nationalen Haushalten für den Treuhandfonds für Afrika
	500 Mio. EUR aus den nationalen Haushalten für den Treuhandfonds für Syrien
30. September 2015	Weitere 800 Mio. EUR humanitäre Hilfe aus den Mitgliedstaaten für den UNHCR, das Welternährungsprogramm und andere Organisationen
	Weitere 100 Mio. EUR EU-Soforthilfe für die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen
	1,3 Mio. EUR zur Aufstockung des Personals der EU-Agenturen Frontex, EASO und Europol
8. Oktober 2015	Zusätzliche 200 Mio. EUR humanitäre Hilfe der EU für den UNHCR, das Welternährungsprogramm und andere Organisationen
	Zusätzliche 17 Mio. EUR Finanzhilfe der EU für Serbien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
Oktober 2015	Zusätzliche 900 Mio. EUR für den EU-Haushalt 2016 zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

AUSBLICK

Die zur Bewältigung der unmittelbaren Krise notwendigen kurzfristigen Maßnahmen sind auf Dauer keine Lösung. Im Vertrag von Lissabon ist genau aus diesem Grund die Schaffung eines gemeinsamen Asylsystems vorgesehen. Wir müssen nun nicht nur bereits Vereinbartes vollständig umsetzen und durchsetzen, sondern mit Hochdruck an den übrigen Komponenten arbeiten, um ein wirklich europäisches System zu schaffen.

Dezember 2015	Einrichtung eines europäischen Grenz- und Küstenschutzsystems und Ausweitung des Frontex-Mandats
März 2016	Maßnahmenpaket zur legalen Migration einschließlich Überarbeitung der Blue-Card-Richtlinie
	Reform der Dublin-Verordnung
	Vorschlag für ein strukturiertes Neuansiedlungssystem
	Aktualisierte Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels